

**Der Verlauf der heutigen Obmännerkonferenz.**

In der heute stattgehabten Obmännerkonferenz, über deren Beginn wir bereits im Abendblatte berichtet haben, machte die städtische Buchhaltung die Mitteilung, daß das Defizit sich effektiv auf 61 Millionen Kronen stellt. Hierzu seien noch 24 Millionen für den Anschaffungsbeitrag zu rechnen, der im Monate Juli den städtischen Beamten, Bediensteten und Lehrern gewährt werden wird, so daß sich der wirkliche Abgang auf 85 Millionen Kronen stellen wird.

Die Bedeckung ist in der Weise gedacht, daß 30 Millionen Kronen, die noch von den 80 Millionen Kronen vorhanden sind, herangezogen werden und 15 Millionen aus den Kassenbeständen. Die Erhöhungen der Tarife und Abgaben für Tramway, Gas und Elektrizität sollen 26 Millionen ergeben. Zusammen daher 71 Millionen Kronen. Es blieben gegenüber dem ohnedies bereits auf ein Minimum zugeschnittenen Voranschlagsbedarf noch 14 Millionen Kronen ungedeckt. Bestimmte Beschlüsse bezüglich dieser noch zu bedeckenden Summe hat die heutige Obmännerkonferenz nicht gefaßt, sie wird nur dem Gemeinderat vorschlagen, neuerlich an die Regierung heranzutreten, um die Bewilligung zu erhalten, städtische Zuschläge zur Personaleinkommensteuer und zur Kriegsgewinnsteuer einheben zu können und von der Regierung auch eine Erhöhung der Ueberweisungen verlangen. Neue Steuern kommen nach den in der heutigen Konferenz geäußerten Ansichten im Augenblicke schon deshalb nicht in Betracht, weil es an den entsprechenden Steuerobjekten fehlt und der Staat selbst sich mit großen Steuerprojekten trägt. Eine jetzt aufzunehmende Anleihe könnte nur als Defizitanleihe bezeichnet werden, würde der Gemeinde nichts helfen und ihren Kredit schädigen.

Nach diesen allgemeinen Erörterungen hielten die Direktoren der städtischen Betriebe Vorträge über den gegenwärtigen Stand der Unternehmungen und erstatteten Vorschläge zur Neuregelung der Tarife. Direktor Spängler wies auf die prekäre Situation der Straßenbahn hin, auf die großen Schäden am Wagenmaterial und an den Geleisen und erklärte: Wenn es nicht gelingen wird, bis zum Herbst das entsprechende Material herbeizuschaffen, so sei mit großen Betriebseinschränkungen zu rechnen. Mit dem von ihm vorgeschlagenen neuen Fahrertarif hofft er ebenso die „Schwarzfahrer“ zu treffen, als den „Bequemlichkeitsfahrern“, welche die Straßenbahn nur zur Zurücklegung ganz kurzer Strecken benutzen, kräftig an den Leib zu rücken.

**Die neuen Straßenbahntarife.**

Die von Direktor Spängler erstatteten Vorschläge über die Fahrpreiserhöhungen besagen:

Die Einheitskarte wird von 22 auf 30 Heller erhöht,

die Rückfahrkarte von 32 auf 40 Heller,

die Frühkarte von 16 auf 20 H.,

die Kinderkarte an Wochentagen von 16 auf 20 H.,

die Kinderkarte an Sonntagen von 12 auf 16 H.,

die Zonenkarte von 32 auf 40 H.,

die Nachttariskarte (wenn einmal bei außerordentlichen Anlässen ein solcher Nachttarif eingehoben wird) von 40 auf 50 H.,

die Regkarte von 36 auf 52 H.,

die Halbjahrskarte von 190 auf 260 H.

Neu eingeführt wird eine Abendkarte von 9 Uhr abends bis zum Betriebschlusse, die 40 Heller kostet.

Bei den mit Dampf betriebenen Strecken werden die Karten von 22 auf 30 und von 50 auf 60 H. erhöht.

Der Frachttarif der städtischen Straßenbahnen für Post- und Frachtstücke erfährt eine Erhöhung um 110 Prozent.

**Die Erhöhung der Gaspreise.**

Direktor Menzel von den städtischen Gaswerken berichtete über die Einwirkung der Kohlensteuer, über den Mangel an Personal und beantragte, den Gaspreis von 20 auf 26 Heller für den Kubikmeter zu erhöhen. Die Miete für Automatingasanlagen wird von 1 Krone auf 3 Kronen monatlich erhöht.

**Die Erhöhung der Elektrizitätspreise.**

Nach dem Berichte des Direktors Starek erfolgte die Preis-erhöhung für die Abgabe von elektrischem Strom in der Weise, daß der gegenwärtige Preiszuschlag von 17, beziehungsweise 20 Prozent auf 60 Prozent erhöht wird.

Die Anträge der Direktoren wurden zur Kenntnis genommen.

Der Stadtrat wird sich am Dienstag mit den Vorlagen über die Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen beschäftigen. Der fortschrittliche Parteiverband und die sozialdemokratische Gruppe werden den Anträgen auf Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise die Zustimmung verweigern. Wahrscheinlich werden sich diese Fraktionen auch gegen die Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise aussprechen. Der Gemeinderat dürfte noch in der nächsten Woche sich mit der Angelegenheit befassen.

**Neuerlicher Anschaffungsbeitrag an die Gemeindeangestellten und Lehrer.**

Magistratsrat Dr. Feld berichtete in der Obmännerkonferenz sodann über die neuerliche Bewilligung von Kriegszuwendungen an die Gemeindeangestellten einschließlich der Lehrpersonen. Den Vorschlägen des Referenten, nach welchen die gegenwärtigen Teuerungszulagen für das Verwaltungsjahr 1918/19 verlängert werden sollen und im Juli dieses Jahres abermals ein Anschaffungsbeitrag in derselben Höhe wie im Mai zur Auszahlung gelangen soll, stimmte die Konferenz zu.